



Was gibt's Neues?

Sie sind hier:  [Blog](#) **Kanzlerin Merkel empfängt Teilnehmer des Online-Bürgerdialogs**

[Zur Übersicht](#)

Kanzlerin Merkel empfängt Teilnehmer des Online-Bürgerdialogs

Berlin, 4. Juli 2012

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat gestern 20 Teilnehmer des Online-Bürgerdialogs empfangen. Anstelle der geplanten 90 Minuten nahm sich die Kanzlerin gute zwei Stunden lang Zeit für die Bürgerinnen und Bürger. Jeder konnte der Bundeskanzlerin seinen Vorschlag persönlich vorstellen und mit ihr dazu ins Gespräch kommen. Die bunte Themenpalette brachte nicht nur eine lebhaft Diskussions, sondern auch erste konkrete Schritte mit sich.



Bundeskanzlerin Merkel im Kreis der Teilnehmer des Bürgerdialogs. Foto: Kugler/BPA

Kinderwunsch und Hebammen

Beate T., deren Vorschlag es bereits im Online-Voting erfolgreich unter die Top 10 geschafft hatte, trug ihren Vorschlag als erste in der Runde vor. Sie machte auf die zerstörerische Wucht der Diagnose „Fruchtbarkeitsstörung“ aufmerksam und betonte: „Adoption ist keine Alternative, sondern ein anderer Lebensweg“. Deshalb fordere sie die finanzielle Unterstützung für die Behandlung von Eltern, die sich so sehr Kinder wünschen, und keine bekommen können. Kanzlerin Merkel zeigte Verständnis und betonte: „Wir wollen keine Gesellschaft, in der Kinder nur für reiche Menschen möglich sind“. Das Thema sei gerade Gegenstand von Gesprächen zwischen Bund und Ländern und bliebe weiterhin auf der Agenda der Politik.

Thematisch konnte die Hebamme Nitya Runte mit ihrem Vorschlag „Stärkung der außerklinischen Geburt“ gleich nahtlos an Beate T anschließen und konnte sich der Unterstützung der Kanzlerin beim Erhalt des Berufsstandes versichern.

Altenpflege und Palliativversorgung

Mit seinem Vorschlag zur Novellierung des Altenpflegegesetzes möchte Jürgen Fuchs den demografischen Wandel stärker in die Mitte der Gesellschaft rücken. Sein Vorschlag wurde von den Experten ausgewählt, da die Frage des gesellschaftlichen Umgangs mit Alter und Altern auch im Expertendialog ein wichtiges Thema war. Kritik übte Herr Fuchs an den uneinheitlichen Ausbildungsstrukturen in den Ländern. Dies erzeuge eine hohe Abbrecherquote. Kanzlerin Merkel sagte ihm zu, das Thema mit den Ministerpräsidenten zu besprechen. „Würdevolles Sterben ist nach wie vor ein Tabuthema“ stellt Dr. Birgit Weihrauch fest. Ihr Vorschlag steht im unmittelbaren Zusammenhang mit der im Herbst 2010 veröffentlichten Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen. Der Einsatz für eine bessere Hospiz- und Palliativversorgung fand ein offenes Ohr bei der Bundeskanzlerin. Hier sei eine nationale Strategie erforderlich, stimmte Angela Merkel zu, und ergänzterweise aktive Sterbehilfe nicht wolle – und sie wolle sie nicht – der müsse für die Menschen da sein.

Zivilcourage und Bundespatenschaft

Annekatri Schwarz will schneller, effektiver und unbürokratischer helfen. "Zivilcourage durch Hilfsstrukturen unterstützen" lautet daher ihr Vorschlag, der von den Experten ausgewählt wurde. Kanzlerin Merkel begrüßte diesen Vorschlag und regt einen festen Anlaufpunkt vor Ort an. Hier sind in erster Linie die Städte und Gemeinden vor Ort gefordert. Der Vorschlag von Sebastian Fuchs geht noch einen Schritt weiter und sieht eine Art "Herzensbildung" vor, wie er selbst sagt. Er möchte ein Programm "Bundespatenschaft" ins Leben rufen, das gut gebildete Erwachsene als "Paten" an benachteiligte Kinder und Jugendliche vermittelt. Damit solle die Chancengleichheit bei den Bürgerinnen und Bürgern untereinander gefördert werden. Die Bundeskanzlerin findet Gefallen an der Idee, verweist aber auf bereits bestehende Angebote, so z.B. die Internetplattform www.engagiert-in-deutschland.de [<http://www.engagiert-in-deutschland.de>] oder die bundesweite Engagementdatenbank www.bagfa.de [<http://www.bagfa.de>] und stellt die Rückfrage, wo das Angebot noch Lücken aufweist.

ÖPNV und Bildung 2.0

Einen flexibleren öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), dafür setzt sich Marc-Oliver Lamm ein. Ihm schwebt ein optimiertes Gesamtkonzept für einen flächendeckenden ÖPNV vor, ähnlich wie in der Schweiz. Bundeskanzlerin Merkel weist ihn darauf hin, dass der Bund den ÖPNV zwar mitfinanziert, für Konzeption und Umsetzung jedoch nicht zuständig ist. Dennoch wird sie versuchen, Bund und Länder für dieses wichtige Anliegen zu sensibilisieren. Christian Karaschewitz wünscht sich ein Online-Portal für die deutsche Wissenschaft. "Bildung 2.0" soll es heißen und das Internet als kollektiven Wissensspeicher besser und systematischer nutzen. Kanzlerin Merkel bietet an, eine bessere Vernetzung der Bildungsangebote von Bund, Ländern und Kommunen überprüfen zu lassen. Dazu werde sie an das Bundesministerium für Bildung und Forschung herantreten.

Bedingungsloses Grundeinkommen und Wiedervereinigungsdenkmal

Der Vorschlag von Susanne Wiest baut auf einer Bundestagspetition von 2009 auf, die ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle fordert. Kanzlerin Merkel sieht keine Gegenfinanzierungsmodelle, die das Grundeinkommen finanzierbar machen. Dennoch findet sie die Frage nach gesellschaftlicher Teilhabe und Solidarität "spannend". Sie sieht

das Thema auch künftig im Fokus der parlamentarischen Diskussion . "Symbolisch,kostengünstig und ökologisch sinnvoll" so charakterisiert Werner Erhardt seinen Vorschlag für ein einheitliches Wiedervereinigungsdenkmal. Aus drei Bäumen, die im Dreieck gepflanzt werden, soll es bestehen: eine Buche für die Bundesrepublik, eine Kiefer für die ehemalige DDR und eine Eiche für das wiedervereinigte Deutschland. Der Bundeskanzlerin gefällt dieser Vorschlag sehr gut, denn ein Baum symbolisiere das Leben. Sie will über die Idee mit den kommunalen Spitzenverbänden reden.

Cannabis, GEZ und Zoophilie

Georg Wurth vom Deutschen Hanfverband, ist mit seinem Online-Vorschlag erfolgreich gewesen. Er will Cannabis legalisiert sehen, zweifelt aber an der Ernsthaftigkeit des Dialogs. Obwohl die Kanzlerin ihm nichts versprechen kann, macht sie ihm folgendes Angebot: „Ich öffne mich dem Thema insoweit, als dass ich mir dazu noch einmal Expertenmeinungen einholen werde“. Den Vorschlag von Julio Cesar Cerinza Escobar wird die Kanzlerin hingegen nicht weiterverfolgen. Denn er fordert, die GEZ-Gebühren abzuschaffen. „Ich stehe zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk“ betont Angela Merkel. Er sei eine wichtige Säule des Informations- und Medienangebots. Die GEZ abzuschaffen bedeute, auch den öffentlich-rechtlichen Rundfunk abzuschaffen. Diesen Weg werde die Bundesregierung nicht mitgehen. Der Schutz von Tieren liegt Stavroula Saure ganz besonders am Herzen. Dank der Online-Abstimmung hat sie es unter die "Top 10" geschafft und bitte die Kanzlerin nun ganz direkt um ein Gesetz, das den sexuellen Mißbrauch an Tieren verbietet. Angela Merkel weist darauf hin, dass das Tierschutzgesetz bereits Regelungen trifft. Sie wird das Anliegen aber nochmals überprüfen lassen, zumal eine Novelle des Tierschutzgesetzes ansteht.

Doppelte Staatsbürgerschaft, Diskussion über Islam und Aufarbeitung Völkermord

Sahin Ali Söylemezoğlu spricht sich für die doppelte Staatsbürgerschaft aus. Bundeskanzlerin Merkel plädiert für eine eindeutige Loyalität und die Vermeidung von Mehrstaatigkeit, sagt aber zu, das Optionsverfahren weiter zu beobachten. Thomas Martin wünscht sich eine offene Diskussion über den Islam - in den Medien und in der Politik – ohne als „Islamkritiker“ diffamiert zu werden. Die Bundeskanzlerin erwiderte, sie sehe mit der Deutschen Islam Konferenz und dem Integrationsgipfel bereits viele Aktivitäten der Bundesregierung, um den Dialog zwischen Christen und Muslimen zu vertiefen. Auch die Dialoge zwischen Religionen, Tage der offenen Moschee etc. helfen Vorurteile dadurch abzubauen, dass man sich kennenlerne.

Norbert Voll will die Leugnung des Völkermords an den Armeniern und Aramäern unter Strafe gestellt sehen. Eine Aufarbeitung der Ereignisse von 1915/1916 könne nach Meinung der Kanzlerin nur von innen kommen, daher sieht sie in erster Linie die beiden betroffenen Staaten Türkei und Armenien in der Pflicht. Einen Punkt stellt die Kanzlerin abschließend klar: Nach geltendem deutschen Recht sind strafwürdige Formen der Leugnung von Völkermorden bereits mit Strafe bedroht. Sie werde sich den Sachverhalt aber nochmals ansehen.

Wie geht es weiter?

Die Ergebnisse der Arbeit der Experten werden der Bundeskanzlerin am 28. August auf der Abschluss-Veranstaltung des Zukunftsdialogs überreicht. Bis dahin werden wir Sie im Blog über aktuelle Themen zur Zukunft Deutschlands weiter informieren.

Sie können hier Ihren Kommentar abgeben *

Hier ist Platz für Ihre Gedanken und Ergänzungen,
aber auch für Kritik...

Bitte halten Sie sich an die Netiquette, dann

wird Ihr Kommentar auch von vielen gelesen

Lassen Sie sich per E-Mail über weitere Kommentare informieren.

Kommentar absenden

Kommentieren als

- [registrierter Nutzer](#)
- [Gast](#)

registrierter Nutzer

Sie können hier Ihren Kommentar abgeben *

Hier ist Platz für Ihre Gedanken und Ergänzungen,
aber auch für Kritik...

*Bitte halten Sie sich an die Netiquette, dann
wird Ihr Kommentar auch von vielen gelesen*

Ihr Name *

Ihr Passwort *

Lassen Sie sich per E-Mail über weitere Kommentare informieren.

Anmelden und Kommentar absenden

Gast

Sie können hier Ihren Kommentar abgeben *

Hier ist Platz für Ihre Gedanken und Ergänzungen,
aber auch für Kritik...

*Bitte halten Sie sich an die Netiquette, dann
wird Ihr Kommentar auch von vielen gelesen*

Ihr Name * *Benutzen Sie Ihren richtigen
Namen oder Ihren Spitznamen*

Ihre E-Mail-Adresse *Geben Sie hier Ihre
E-Mail-Adresse an, wenn Sie über weitere Kommentare informiert werden möchten. Ihre E-Mail-Adresse ist für
andere Nutzer nicht sichtbar*

Lassen Sie sich per E-Mail über weitere Kommentare informieren.

Kommentare: 3

- Ich frage mich, warum unsere "Staatsratssekretärin" in den Dialog mit den Bürgern geht und letztendlich nichts ändern will...

Niemand braucht die GEZ und schon gar nicht den Öffentlichen Rundfunk!

Wir leben im 21. Jahrhundert... Alles was wir wissen wollen finden wir im Internet...
Aber, Zitat Angela: "Ich sethe zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk"...

Der Rundfunkbeitrag ist UNANGEBRACHT!

Selbst das Bedingungslose Grundeinkommen wäre kein Problem. Sämtliche Ämter (ARGE, Arbeitsamt, Sozialamt) könnten abgechafft werden, da es keine lästige Bürokratie gibt (Anträge müssen nicht alle 3-6-12 Monate ausgefüllt und bearbeitet werden).

Jeder Bürger erhält ein 128Bit verschlüsseltes Zertifikat (Wie bei Elster), womit er sich bis zum Tag X verifizieren muss (Ja, ich lebe noch)... So dass das Grundeinkommen weiter gezahlt werden kann.

Aber, liebe Frau Märkel, wir treiben die Spritpreise in die Höhe und verlangen bald die Lebenssteuer von NUR 39,99 pro Monat/pro Person...

Vielen Dank! Armes Deutschland!!

am 09.07.2012 um 10:17 Uhr von TW1982 (Gast) kommentiert

- Zitat: "Kanzlerin Merkel zeigte Verständnis und betonte: „Wir wollen keine Gesellschaft, in der Kinder nur für reiche Menschen möglich sind ...“
Ich hoffe sehr, Frau Merkel, dass sich Ihre Worte auch auf die Menschen bezogen haben, die bisher von der Kostenübernahme für ihre reproduktionsmedizinische Behandlung vollständig ausgeschlossen sind. Das war so leider nicht für mich heraus zu hören und konnte ich wegen der kurzen Gesprächszeit und mit Rücksicht auf die anderen Gesprächsteilnehmer nicht mehr nachfragen.
Ich hatte insbesondere auch die Diskriminierung von Paaren mit unfruchtbarem Mann angesprochen, die eine Befruchtung mit Spermensamen benötigen und ihre Behandlung auch dann, wenn eine Fruchtbarkeitsstörung bei beiden Partnern vorliegt, zu 100% selbst bezahlen müssen. Und ich hatte Sie gefragt, warum eine Ehe mit einem unfruchtbaren Mann nicht des besonderen Schutzes bedarf. Der grundgesetzliche besondere Schutz von Ehe und Familie jedenfalls war schon häufiger die Begründung von Politikern, warum die donogene Befruchtung von der KÜ ausgeschlossen ist. Ich bitte darum, auf die o.g. Frage zum Ausschluss des besonderen Schutzes der Ehe mit einem unfruchtbaren Mann noch eine schriftliche Antwort von Ihnen zu erhalten, da diese Antwort aufgrund des Zeitdrucks am 3.7. nicht erfolgte.
Ich möchte daran erinnern, dass die vielen Stimmen zu meinem Vorschlag zu einem nicht unerheblichen Teil von Personen gekommen sind, die genau von dieser Diskriminierung betroffen sind.

am 08.07.2012 um 01:34 Uhr von BeateT kommentiert

- "Eine Aufarbeitung der Ereignisse von 1915/1916 könne nach Meinung der Kanzlerin nur von innen kommen, daher sieht sie in erster Linie die beiden betroffenen Staaten Türkei und Armenien in der Pflicht."

Eine Aufarbeitung der Ereignisse seitens Armenien?

Was soll ein Staat wie Armenien mit Aufarbeitung von Ereignissen von 1915-1916 tun, wenn der damals nicht mal existierte? Soll jetzt auch Israel den NPD helfen die Ereignisse von 1933-1945 aufzuarbeiten????

Eine reine Augenwischerei und Demagogie...

Wie eine Hausfrau, hat die Kanzlerin alle Fragen unter Teppich gekehrt...

Ich habe gehofft, das eine öffentliche Debatte entsteht und nicht nur ein Unterricht - "die Kanzlerin Antwortet auf Fragen von Kinder"....

am 07.07.2012 um 12:10 Uhr von Gevorg Poghosyan (Gast) kommentiert

Zusatzinformationen

Mediathek

Sehen Sie die Videobeiträge von Bürgern, aufgenommen auf den Bürgerveranstaltungen der Bundeskanzlerin

[Zu den Videobeiträgen](#)

RSS-Feed

Lassen Sie sich über unseren RSS-Feed über alle Neuigkeiten informieren.

[RSS abonnieren](#)

Ihre Meinung

Sie haben eine Frage, Kritik oder Anregungen für uns?

Kontakt

Neueste Kommentare

- Soziale Innovationen schaffen?
ourSocialInnovation.org bietet die Möglichkeit, aktiv Ideen für Deutschland zu formulieren und somit soziale Innovationen zu schaffen!
Als registrierter User kann man mit Hilfe der Community wirkliche Veränderungen in der realen Welt anhand von ourSocialInnovation.org erzeugen.
Wie das Ganze funktioniert?
Schaut doch mal auf www.ourSocialInnovation.org vorbei und werdet aktiv!
Dort erhaltet ihr weitere Informationen zu ...

am 09.07.2012 von Eva Kesternich (Gast)

- Liebe Zukunfts-Redaktion,

besten Dank fuer die juengste Presseschau: Der Zukunftsdialog im Spiegel der Medien.
Das sieht doch alles in allem recht positiv aus!

Sustainche's Favorit bei 'Welt Online beurteilt Prominente' ist zweifellos der "Schwarze Steiff Teddy" – black is beautiful ... und Baeren muessen zusammenhalten ... :)

Nun gut, die Sueddeutsche Zeitung findet etwas kritischer "Wolkiges ohne ...

am 09.07.2012 von Sustainche

- Ich frage mich, warum unsere "Staatsratssekretärin" in den Dialog mit den Bürgern geht und letztendlich nichts ändern will..

Niemand braucht die GEZ und schon gar nicht den Öffentlichen Rundfunk!

Wir leben im 21. Jahrhundert... Alles was wir wissen wollen finden wir im Internet...
Aber, Zitat Angela: "Ich sethe zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk"...

Der Rundfunkbeitrag ist UNANGEBRACHT!

am 09.07.2012 von TW1982 (Gast)

Wir nehmen Ihre Vorschläge auf und werten sie intensiv aus.

Informieren Sie sich hier über alle Meilensteine und Termine rund um den Zukunftsdialog.

Der Zukunftsdialog im Überblick

- **Mai 2011**

Expertendialog

- **01. Februar 2012**

Bürgerdialog

- **29. Februar 2012**

*Bürgergespräch
in Erfurt*

- **14. März 2012**

*Bürgergespräch
in Heidelberg*

- **28. März 2012**

*Bürgergespräch
in Bielefeld*

- **15. April 2012**

Abschluss Vorschlagsphase Onlinedialog

- **15. Mai 2012**

*Jugend-
konferenz*

- **7. Juni 2012**

*Internationale
Veranstaltung*

- **Ende Juni 2012**

*Buchver-
öffentlichung*



- **Termin noch offen**

*Kanzlerin trifft
Teilnehmer
Onlinedialog Auswertung der Vorschläge*

- **Ende August 2012**

*Experten
übergeben
Abschluss-
bericht Newsletter*

Menschlich und erfolgreich
Dialog über Deutschlands Zukunft

-  [\[http://www.youtube.com/user/bundesregierung\]](http://www.youtube.com/user/bundesregierung)
-  [\[https://twitter.com/merkel_dialog\]](https://twitter.com/merkel_dialog)